

Pressemitteilung 14/2021

München, 20. Oktober 2021

Gemeindetag fordert zweiten Rettungsschirm für Städte und Gemeinden Brandl: Solide und verlässliche Finanzausstattung der Kommunen unent- behrlich

Auf der KOMMUNALE 2021, der größten Fachmesse für Kommunalbedarf in Nürnberg, die heute mit einem großen Fachkongress des Bayerischen Gemeindetags eröffnete wurde, forderte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl einen zweiten Rettungsschirm für die Städte und Gemeinden in ganz Deutschland. Er wies darauf hin, dass die Finanzlage der Kommunen weiterhin dramatisch sei, obwohl die Wirtschaft nach dem langsamen Auslaufen der Corona-Pandemie wieder wächst.

„Die Steuerschätzung vom Mai diesen Jahres prognostiziert für 2021 ein kommunales Defizit von 9,5 Mrd. Euro und für das Jahr 2022 ein Defizit von 10,4 Mrd. Euro. Gleichzeitig hat sich der kommunale Investitionsrückstand bundesweit auf 149 Mrd. Euro erhöht. Hier besteht dringender Handlungsbedarf“, sagte Brandl, der gleichzeitig 1. Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebunds ist. „Wir erwarten, dass die Realisierung gleichwertiger Lebensverhältnisse und die Aussage: „wer bestellt, der bezahlt“ im nächsten Koalitionsvertrag keine Lippenbekenntnisse bleiben. Egal, wer die neue Bundesregierung stellt: die Städte und Gemeinden in ganz Deutschland müssen nachhaltig finanziell unterstützt werden. Dies gilt gleichermaßen an Berlin und München gerichtet.“

Brandl betonte, dass es nur mit der nötigen Finanzkraft gelingen könnte, das drohende Sterben der Innenstädte und Ortskerne aufzuhalten. Aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie droht ca. 100.000 Einzelhandelsgeschäften das Aus. **Brandl: „Damit sind fast 500.000 Arbeitsplätze bedroht. Wir müssen einerseits die Innenstadtbereiche umgestalten und gleichzeitig dem Klimaschutz mehr Rechnung tragen. Das alles wird viel Geld kosten.“** Als Beispiele für kommunale Investitionen zur Erhaltung der Ortskerne und Innenstädte führte er an: mehr Erlebnisräume, mehr Kunst im öffentlichen Raum, mehr Handwerk im Innenstadtbereich, mehr Erlebnisgastronomie und auch wieder mehr Wohnraum im Ortszentrum. Aber auch mehr Grün und Wasserstrukturen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität bei Hitze im Sommer.

Brandl zeigte sich nicht abgeneigt, den boomenden Onlinehandel an der Finanzierung durch Einführung einer Paketversandsteuer zu beteiligen. **„Es kann nicht sein, dass Lieferfahrzeuge von großen Onlinehändlern Tag und Nacht kommunale Straßen nutzen, um Profite zu machen, sich aber an Gemeinkosten nicht beteiligen.“**

